Die Kommunisten und der Blüher-Bührer-Etat Dresdens

Sozialdemokrat Bührer als Lakai Blühers

„Altsozialist" Biebrach triumphiert über die Genügsamkeit der SPD

Am Montag fand die zweite Beratung des Dresdner Haushaltplanes statt. Vor Eintritt in die Beratungen gab Stadtverordneter Freund (SPD) eine Erklärung, die sich gegen den Oberbürgermeister richtet, ab. Danach ergriff

Genosse Gäbel

das Wort, um in längeren Ausführungen die Stellung der SPD zum Etat klarzulegen. Genosse Gäbel verwies darauf, daß der Oberbürgermeister Blüher ausgerechnet jetzt bei den Etatsberatungen in den Urlaub gegangen sei. Das zeigt, wie der „Ober" das Kollegium einschätzt — es bedeutet eine Mißachtung sondergleichen. **Der „Ober" kneift, um der Kritik zu entgehen!** Diese Brüskierung der Stadtverordneten hat er schon dutzende Male vorgenommen; er zeigt damit die Absicht, die Stadtverordneten zu Laufburschen des Rates herabzudrücken. In dieser Laufburschenrolle gefällt sich der größte Teil der Stadtverordneten ganz wohl. Der reaktionäre Rat legt hier genau dasselbe arbeiterfeindliche Verhalten an den Tag, wie die Bürgerblockregierung im Reichsmaßstab. Jedes Mittel ist diesen Herrschaften recht, um die Profite auf Kosten der Werktätigen, deren Lage sich dauernd verschlechtert zu steigern. Die wirklichen Machthaber, die Industriebonzen und Krautjunker, verlangen einen mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Finanzdiktator, mit dessen Hilfe die Anträge der Länder und Kommunen, die im Interesse der Aermsten liegen, illusorisch gemacht werden sollen. Einen deutlichen Beweis, wie die „derzeitigen Repräsentanten" die Demokratie auffassen, zeigt die Besoldungsvorlage, die für die höheren Beamten eine Erhöhung von 6—9000 Mark, das heißt bis zu 70 Prozent ihres alten Gehaltes, vorsieht.

Die sächsischen Oberbürgermeister verlangen ein Jahresgehalt von 36 000 Mark!

Die Forderung ist höher, als das Gehalt der sächsischen Minister variiert. Blühers Stellung ist „überragend", er wird nicht umsonst „der Oberbürgermeister von Sachsen" genannt. Die „furchtbaren Anstrengungen", die ihm sein „schweres Amt" verursacht, veranlassen ihn des öfteren „auszuspannen" — wie jetzt wieder. (Zwischenruf des Genossen Schrapel: „Friede seiner Asche!")

Der Rat ist absolut!

Er kuhlt sich niemandem verantwortlich. Höhnisch ignoriert er die Stadtverordneten, wo er nur kann. Fast ein Dutzendmal hat er gegen Beschlüsse der Stadtverordneten Einspruch erhoben. Fünf Einigungsausschüsse zeugen von dem „guten Einverständnis" zwischen Rat und Stadtverordneten. (Während dieser Ausführungen des Genossen Gäbel ist auch der einzige anwesende Reichsvertreter, der SPD-Bürgermeister Dr. Bührer, „verblüht".) Es ist ganz klar, daß die fast ausschließlich aus Reaktionären zusammengesetzten höheren Verwaltungsstellen zugunsten des Rates entscheiden — sind diese doch die ärgsten Feinde der Selbstverwaltung der Gemeinden. Schritt für Schritt stoßen die Kapitalisten weiter vor. Sie zeigen ihren gesteigerten Machthunger. 1928 kommen erstmalig für Deutschland die Höchstleistungen des Dawesplanes in Frage. Diese ungeheuren Lasten sollen die Arbeiter tragen. Das Proletariat nimmt, wie die überall tobenden Wirtschaftskämpfe beweisen, diese Belastungen nicht widerstandslos hin. **Die Kampfkraft der Arbeiter wächst.** Um sie zu brechen, setzt man den Schlichtungsapparat in Bewegung. Mehr als 75 Prozent aller gefällten Schiedssprüche sind voll zugunsten der Unternehmer ausgefallen. Die Schlichter sind zum großen Teil Sozialdemokraten. Letztere haben, genau wie die Bourgeoisie, das größte Interesse an der Erhaltung des Wirtschaftsfriedens. So wird versucht, mit gesetzlichen Mitteln die Kampfkraft des Proletariats zu schwächen. Daß die SPD diesen Schwindel propagiert und unterstützt, kennzeichnet ihr unproletarisches Verhalten. Gegen den Schlichtungsunfug erhebt sich bereits in den weitesten Kreisen der Arbeiter heftige Opposition. Es ist auch nicht verwunderlich, daß die Reaktionäre aller Schattierungen gegen die Fürsorge in jeder Art sind. Für alle diese Dinge hat der Rat volles Verständnis. Die Interessen der Industriellen sind beim Rat gut aufgehoben. Er bemüht sich, seine Position als Machtstellung gegen die Arbeiter auszunutzen. Während selbst die geringen Lohnaufbesserungen bei den städtischen Arbeitern als untragbar bezeichnet werden, bewilligt sich der Rat ohne weiteres 50 Prozent Gehaltsaufbesserung.

Die Steuerscheu der Dresdner Kapitalisten

zeigt deutlich eine Statistik des Reichsfinanzministers. Bei der Einkommensteuer ist ein Steueraufkommen von 17 110 000 Mark zu verzeichnen, davon waren aber 47 133 Rückstände, die 116 470 000 Mark betrugen, zu verzeichnen. Gestundet waren weitere 4,5 Mill. Mark und über 150 000 Mark den Unternehmern direkt erlassen. Bei der Körperschaftssteuer waren von rund 3,5 Millionen Steueraufkommen über 2 Millionen Rückstände, über 1 Million waren gestundet, sowie etwa 100 000 Mark erlassen. **So sieht es bei allen anderen Steuern aus!**

In bezug auf Steuerrückstände befindet sich

Dresden an sechster Stelle!

Hier zeigt sich die Steuerscheu der besitzenden Kreise im hellsten Lichte. Die Statistik zeigt aber auch, in welchem Grade es die Bourgeoisie versteht, die Steuern auf das Proletariat abzuwälzen. Bekannt ist der geradezu schamlose Kuhhandel, der im Landtag wochenlang mit der Mietzinssteuer getrieben wurde. Diese Politik muß sich am schärfsten in den Kommunen auswirken. So wurde am diesjährigen Etat für soziale Ausgaben formell bedeutend mehr ausgegeben, tatsächlich aber ist eine Verminderung um mindestens eine Million eingetreten.

Ein Demagogenstückchen der Dresdner Volkszeitung

sondergleichen ist es daher, wenn sie ihren Lesern weiszumachen versucht, daß bei dem diesjährigen, von dem SPD-Bürgermeister aufgestellten Etat „notwendige Ausgaben nicht gestrichen" wurden, ja sogar „reichliche Ausgaben für Wohlfahrtszwecke" gemacht werden. So werden die Arbeiter belogen! — Ohne die Stadtverordneten zu fragen, hat der Rat die Pflegekostensätze in den Krankenhäusern um 20 Prozent erhöht. Die Besitzenden kann diese Erhöhung natürlich nicht treffen — sie gehen ja in Privatkliniken. Der von den Bürgerlichen ausgesprochene Wunsch, Herrn Dr. Bührer noch auf dem Posten zu sehen, zeigt, daß er ihre Interessen gut vertritt.

Was Rösch noch vor einem Jahre erklärte

In erster Linie müssen die Bedürfnisse der Minderbemittelten befriedigt werden, dann erst kann die Frage der Balancierung des Etats stehen. Jetzt aber heißt es: „keine Ausgaben ohne Deckung".

Steuererhöhungen in Sicht

So sollen erhöht werden: die Gewerbesteuer, die Biersteuer und die Feuerlöschsteuer. Aus den städtischen Betrieben sollen ebenfalls **weitere Millionen gepreßt werden.** In all den vorerwähnten Erhöhungen zeigt sich das Entgegenkommen des von Bührer aufgestellten Etats an die Wünsche der Besitzenden.

Was aber ist im Haushaltplan von den proletarischen Forderungen verwirklicht worden?

Wo bleibt:

die Erweiterung der sozialen Fürsorge? — die Erweiterung der Jugendpflege? — der Ausbau der Kinderheime? — die Uebernahme der privaten Fürsorge durch die Stadt? — der Ausbau der Schwangeren- u. Wöchnerinnenfürsorge sowie des Mutter- und Säuglingsschutzes? — die Erhöhung der Mittel für die Schulen, für die tägliche Reinigung der Klassenzimmer, für Klassenwanderungen, für Schulspeisungen, für die Schulzahnpflege, für die Lernmittelfreiheit, für den Ausbau zum Arbeitsunterricht? — Wo der Ausbau des Bäderwesens, wo die Mittel für die Durchführung des Achtstundentages in den städtischen Betrieben und in den Krankenanstalten? — Wo die durchgreifende Erhöhung der Gehälter und Löhne der unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter? — Wo die Arbeitnehmerkarten für die Straßenbahn? — Wo die Verbilligung von Gas und Strom? — Wo die Mittel für ein großzügiges Wohnungsbauprogramm? — Wo ist die Ruhelohnordnung? — Wo die kommunale Totenbestattung? Nichts ist verwirklicht worden. Ja, im Gegenteil: ist bei wichtigen Positionen abgebaut bzw. stark gestrichen worden, zum Beispiel wurde bei den Krankenhäusern 1,5 Millionen Mark gespart.

Diese Sanierung des Haushaltplanes wird nur auf Kosten der Werktätigen durchgeführt.

Auf den diesjährigen Etat trifft genau dasselbe zu, was auf den vorjährigen zutrifft. Es ist unsozial und muß abgelehnt werden. Der reaktionäre Rat wird sich nicht ändern, wir Kommunisten aber werden gegen ihn und seine Handlanger die Arbeiter mobilisieren und dafür sorgen, daß er bald zum Teufel gejagt wird. Erst wenn die Arbeiter das getan und ihre eigene Macht aufgerichtet haben werden, wird es möglich sein, wirkliche

Sozialpolitik zu treiben. Das Beispiel zeigt uns Rußland. In diesem Sinne werden wir kämpfen und auch siegen! (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Nach den Ausführungen des Genossen Gäbel ergreift der sattsam bekannte Bäckerobermeister Kunzsch das Wort, der über die Notlage der Hausbesitzer einige Tiraden losläßt. Der Demokrat Hirschfeld singt selbstverständlich ein Loblied auf den Etat. In besonders konfusen Reden üben sich Bertram und Lendel. Für welche Partei sie sprachen, war nicht zu erfahren.

Dann sprach der Altsozialist Biebrach. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß endlich mit dem Grundsatz: „Keine Ausgaben ohne Deckung" Ernst gemacht werden soll. Die Aufstellung des Etats durch den Sozialdemokraten Bührer beweise, daß er „auch nur mit Worten koche", das sollte besagen: Seht, ihr SPD-Freunde, wenn ihr in verantwortlichen Stellen seid, macht ihr ja dasselbe, wie wir. Nach Biebrach ergriff u. a. noch Stadtv. Freund (SPD) das Wort. Er redete viel davon, daß die vorangegangenen Redner — außer dem Demokraten Hirschfeld (!) — abgeleierte Walzen abgedreht hätten, um dann selbst in langatmigen Ausführungen die älteste Walze zu drehen.

Genossen Schrapel war es dann ein leichtes, die „leichhaltigen Gründe dieser Leutchen zu zerpflücken. Insbesondere behandelte er auch die Stellung Bührers zum Buchdruckerstreik, über die wir noch an anderer Stelle berichten, in deren Verlauf die Sozialdemokraten in solche Wut gerieten, daß es zu dem von uns gestern berichteten Tumult und der vorzeitigen Schließung der Sitzung kam.

Dresden ohne Gefrierfleisch

Bei der vom Konsumverein Vorwärts durchgeführten Gegenaktion gegen die unerhörte Erdrosselung der Versorgung der Dresdner werktätigen Bevölkerung mit Gefrierfleisch, sandte der Vorwärts auch an die Ortsgruppenleitung der KPD ein Schreiben, mit dem Ersuchen, um Erklärung zu dieser Frage. Das Sekretariat antwortete hierauf durch die Stadtverordnetenfraktion in folgendem Schreiben:

An den Vorstand des Konsumvereins Vorwärts

Dresden, den 31. März 1928.

Dresden.

Werte Genossen!

Zu Eurem Schreiben vom 27. März 1928 zur Mitteilung:

Die Kommunistische Partei hat im Reichstag, im Plenum wie Ausschußsitzungen gegen die Pläne der Reichsregierung, Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontigent gekämpft. Im Dresdner Stadtverordnetenkollegium wurde am 15. März ein Antrag unserer Stadtverordnetenfraktion angenommen, der Protest gegen die Herabsetzung erhob und von der Reichsregierung die Zurückziehung der Vorlage forderte.

Unser Reichstagsabgeordnete, Genosse Rädel, wird selbstverständlich für weitere Zuteilung von Gefrierfleisch für das Industriegebiet Dresden eintreten.

Die Partei ist jederzeit bereit, parlamentarisch sowie außerparlamentarisch für Verbesserung der Lage der Arbeiter zu kämpfen.

Mit proletarischem Gruß

Für die komm. Stadtverordnetenfraktion Dresden
J. A.: M. Schneider.

Eingegangene Spenden von Gemeinden für die Kinderhilfe der IAH

15 M. Schönfeld, 50 M. Reichenau bei Chemnitz, 50 M. Neusalza-Spremberg, 10 M. Schönerstadt b. Flöha, 10 M. Thammenheim b. Grimma, 10 M. Meinsdorf b. Glauchau, 10 M. Wiesenburg b. Zwickau, 100 M. Brand-Erbisdorf b. Freiberg, 20 M. Euba b. Chemnitz, 10 M. Wiesenborn, 15 M. Fürstenwalde, 5 M. Deuben b. Würzen, 10 M. Lauenhain b. Crimmitschau, 5 M. Weißig b. Freital, 10 M. Lauta b. Marienberg, 25 M. Niederpurkau b. Bautzen, 10 M. Osteig b. Zittau, 10 M. Niederpoyritz b. Dresden, 50 M. Markranstädt b. Leipzig, 25 M. Kirchberg bei Zwickau, 10 M. Papstdorf b. Pirna, 5 M. Lohnitz b. Freiberg, 10 M. Lauter i. Erzg., 50 M. Plaue-Bernsdorf b. Flöha, 10 M. Braunsdorf b. Freiberg, 20 M. Schönheide i. Erzg., 50 M. Talheim i. Erzg., 50 M. Klotzsche b. Dresden, 20 M. Niederwiesa bei Chemnitz, 5 M. Leukersdorf b. Chemnitz, 15 M. Lausa b. Dresden, 5 M. Niederschmiedeberg i. Erzg., 50 M. Kändler b. Limbach, 10 M. Steinberg b. Plauen, 30 M. Zwenkau b. Leipzig, 50 M. Remse a. d. Mulde, 10 M. Geising, 5 M. Dippeldiswalde, 30 M. Dahlen b. Oschatz, 10 M. Crottendorf i. Erzg., 25 M. Bertsdorf b. Zittau, 10 M. Cultzsch und 20 M. Neuschönburg b. Zwickau, 7,50 M. Eulowitz b. Bautzen, 10 M. Albernau b. Schwarzenberg. Wir sagen hiermit öffentlich den Gemeindeverwaltungen und beschließenden Körperschaften unseren besten Dank und ersuchen die Genossen, in allen Gemeindeparlamenten Anträge einzubringen, damit weitere Mittel für die IAH bewilligt werden.

Internationale Arbeiterhilfe Dresden, Güterbahnhofstr. 24

Mordversuch in Niedersedlitz

Am 2. April zwischen 15 und 16 Uhr ist an der 70 Jahre alten Witwe Selma Martin in Niedersedlitz, Schulstr. 12 wohnhaft, ein Mordversuch verübt worden. Der bei ihr seit einem halben Jahr auf Logis wohnende Tischler Arthur Freu, am 25. 11. 02 in Lugau bei Chemnitz geboren, warf der nichtsahnenden Greisin, als sie allein in der Wohnung war, plötzlich von hinten ein Handtuch um den Hals und versuchte, sie zu erwürgen. Die Ueberfallene hat sich kräftig gewehrt und um Hilfe gerufen, worauf der Täter von ihr abließ. Unter Drohungen hat er sie dann gezwungen, ihm ihre Ersparnisse in Höhe von 40 Mark herauszugeben. Mit dem Gelde ist er geflüchtet.

Ein Lehrling überfahren

Am Montag 6,50 Uhr wurde an der Ecke Freiberger und Siemensstraße der 17 Jahre alte Metallarbeiter Herbert Kretschmar von hier von einem Lastkraftzug angefahren, zu Boden geschleudert und tödlich verletzt. Er ist mit seinem Fahrrade beim Ueberholen des Lastkraftzuges in den Straßenbahnschienen hängen geblieben, zu Fall gekommen und so unter die Räder geraten, die ihm über Kopf und Körper gingen.

Autofallen auf der Landstraße. Am Sonnabend in den späten Abendstunden sind von unbekannten Tätern auf der Staatsstraße von der Heidemühle nach Radeberg an den sogenannten Heidehäusern Pflastersteine quer über die Straße gelegt worden. Als gegen 23.45 Uhr ein Dresdner Motorradfahrer mit einer Dame auf dem Soziussitz die Stelle befuhr, sind beide infolge der Steine vom Rade gestürzt und verletzt worden.

Eigentümer gesucht. In Verwahrung des Polizeipräsidiums befindet sich ein Fahrrad ohne Marke Nr. 972 426, das am 2. März im Grundstück Leipziger Straße 99 aufgefunden wurde. Der Eigentümer kann sich werktags von 8 bis 14 Uhr im Zimmer 71a melden.

Hundesteuer. Im Laufe des Steuerjahres angeschaffte oder in Dresden eingeführte Hunde sind innerhalb 14 Tagen nach Eintritt des die Steuerpflicht begründeten Verhältnisses beim Stadtsteueramt anzumelden. Auch junge Hunde, die nur bis zum Alter von 2 Monaten steuerfrei sind, unterliegen der Anmeldung.

Osterkarten. Ohne Umschlag versandte gedruckte einfache Osterkarten, die den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, kosten sowohl im Ortsbereich des Aufgabeorts als auch im Fernverkehr 5 Rpf. Es dürfen in diesen Karten außer den sogenannten Absenderangaben (Absendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders usw.) noch weitere 5 Worte, die aber mit dem gedruckten Wortlaut in leicht erkennbarem Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche zulässigen Nachtragungen gelten z. B. der üblichen Zusätze „sendet", „Ihre", „Dein Freund", „sendet Dir", „Sender mit besten Grüßen Ihre" usw. Werden solche Karten im offenen Umschlag versandt, so kosten sie sowohl im Ortsbereich des Aufgabeortes wie auch nach außerhalb 5 Rpf. Unzureichend freigemachte Sendungen werden mit Nachgebühr belastet. Es kann daher den Versendern nur dringend geraten werden, die Bestimmungen zu beachten.

„Du sollst nicht ehebrechen!" Hinter diesem biblisch-moralisierenden Titel verbirgt sich eine nicht im entferntesten wie diese Ueberschrift mißlungene Verfilmung des Zolaschen Romans „Therese Raquin". Die Tragödie einer Frau, die an einem schwächlichen, bresthaften Bureaukraten gekettet ist und zum Freunde geht. Aus der erdrückenden Atmosphäre des Milieus heraus reißt der typisch-kleinbürgerliche Ausweg: Ermordung des Gatten. Die Peinigung der schuldbeladenen Gewissen erreicht am Hochzeitsabend den Höhepunkt, zwingt zur gegenseitigen Anklage, deren unfreiwillige Zeuge die Mutter des Todesopfers dieser Ehe wird. Deren vor Schreck erfolgte Lähmung rettet zwar beide vor dem Schafott, dennoch treibt der furchtbar anklagende Blick der Unglücklichen die beiden gegeneinander, bis auch für sie wieder als „Ausweg" das gemeinsame Leeren des Gifttläschchens übrig bleibt. Während beide im Todeskampfe zucken, bricht ein neuer Tag des arbeitenden Paris wieder an. Der Laternenwärter löscht die Lampen auf der Straße, unbekümmert um die Tragödie menschlicher Individuen rollt das Leben weiter ... Nicht allein in der Handlung, deren Zeitgeist durch die Erinnerung an den Donnerprozeß gegeben ist, sondern vor allem in dem oft hervorragend in Einzelheiten gezeichneten Milieu liegt der Wert dieses Films. Kleinbürgerliche Bureaukratenatmosphäre lastet drückend auf den Menschen, treibt sie in Haß und Liebe gegen- und zueinander. Die Regie Jacques Feyder bietet etwas über den Durchschnittsrahmen des bürgerlichen Films. Gina Manès als Träger der weiblichen Hauptrolle, H. A. Schlettow als Freund, besonders aber Wolfgang Zilzer als Gatte geben abgerundete Leistungen. Ganz ausgezeichnet sind die kleineren „Nebenrollen", die gerade das Milieu veranschaulichen, mit Paul Henckels, Charles Vanvis, Peter Leska und La Jana. Photographie und Bauten steigern nicht unwesentlich die Wirkung dieses Films, der, wie gesagt, besser ist als sein dummer Titel. bo.

Die Mitgliederbewegung des Vereins Volkshochschule Dresden. In der am 30. März stattgefundenen Mitgliederversammlung der Dresdner Volkshochschule erstattete Dr. Franz Mockrauer den Bericht für das Geschäftsjahr 1927. Die Zahl der Lehrgänge stieg auf insgesamt 229, die der Mitglieder auf 4959 (1926: 4739). Die Gesamtzahl der Belegungen betrug 1927: 8201 (1926: 7840). Der absolute und prozentuale Anteil der verschiedenen Berufsgruppen an den Belegungen gestaltete sich im Jahre 1927 wie folgt (dahinter in Klammern die Vergleichszahlen von 1926): Männer: Arbeiter und Handwerksgehilfen 2201, 53,3 Prozent (1978, 51,6 Prozent); untere Angestellte 1240, 30 Prozent (1059, 28,6 Prozent); höhere Angestellte und solche in leitender Stellung 121, 3 Prozent (115, 2,9 Prozent); Untere Beamte 117, 2,9 Prozent (121, 3,2 Prozent); alle übrigen 449, 10,8 Prozent (382, 10,7 Prozent); insgesamt: 4127 (3655). Frauen: Arbeiterinnen und Handwerksgehilf. 880, 21,6 Proz. (890, 21 Prozent); untere Angestellte 2011, 49,4 Prozent (1988, 47,6 Prozent); höhere Angestellte und solche in leitender Stellung 131, 3,2 Prozent (160, 3,7 Prozent); untere Beamte 128, 3,1 Prozent (172, 4,2 Prozent); alle übrigen 921, 22,7 Prozent (972, 23,5 Prozent); insgesamt: 4074 (4182). Von den Belegungen erfolgten durch Jugendliche bis zu 25 Jahren 52,3 Prozent (48 Prozent). Wie daraus ersichtlich, besteht bei den Belegungen durch Arbeiter, Angestellte und Jugendliche eine steigende Tendenz, und zwar auch für die vier ersten Berufsgruppen zusammengenommen (also im wesentlichen Teilnehmer, die lediglich Volksschul- und Berufsschulbildung haben), auf welche ein Anteil von 84,3 Prozent aller Belegungen entfallen.